

RESOLUTION

Die Kantone sind für die Unterstützung der Presse und des Journalismus zuständig

In der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen müssen die Kantone die Presse und den Journalismus unterstützen und fördern. Diese Verantwortung ist in den Verfassungen von Aargau, Basel-Stadt, Solothurn und Genf geregelt.

Kantone wie Genf oder Waadt arbeiten an Gesetzentwürfen, welche die Presse und den Journalismus unterstützen sollen. In Freiburg und Bern sind auch Überlegungen im Gang. Diese Unterstützung kann sich sowohl an das Angebot von Presse und Journalismus als auch an die Nachfrage richten, indem Leserinnen und Leser zum Kauf von Medien oder kostenpflichtigen Artikeln ermutigt werden.

Förderung des Angebots:

In Betracht kommen folgende Maßnahmen zur Förderung des Angebots: Unterstützung der Digitalisierung; direkte Unterstützung für Zeitungen und Online-Zeitungen; Unterstützung von Innovationen; Unterstützung von Nachrichtenagenturen; Unterstützung von Ausbildungseinrichtungen, die auch unter der Krise leiden; Unterstützung von journalistischen Recherchen («Pacte de l'enquête»); Einspeisung von Werbung durch den Staat in Titel in Schwierigkeiten; finanzielle Unterstützung durch den Staat für Dienstleistungen in kostenpflichtigen Zeitungen (amtliche Veröffentlichungen, usw.); finanzielle Beteiligung an Stiftungen, die zur Unterstützung des Journalismus gegründet werden sollen; Investitionen von Gemeinden in Regionalzeitungen (anstelle ihrer eigenen kommunalen Anzeiger); Steuerbefreiung für Spenden.

Nachfrageförderung:

Nachfrageseitig empfiehlt **impressum** folgende Massnahmen zu prüfen: Förderung der Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen (z.B. Schulabonnements, die Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden den Zugang zu Zeitungen ermöglichen; Sensibilisierungsmaßnahmen); Steuerabzug für die Kosten von Zeitungsabonnements, etc.

Um die Unabhängigkeit des Journalismus zu schützen, fordert **impressum** die Schaffung von Stiftungen für die Zuweisung von Mitteln der Kantone und Gemeinden sowie von Gönnerinnen und Gönnern und von Stiftungen. **impressum** erwartet, dass sich die Kantone in der Schweiz und grössere Gemeinden in dieser Richtung engagieren, um neue Modelle zu fördern oder bestehende zu konsolidieren.

Durch die Delegierten von **impressum** pverabschiedet an der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 22. März 2019 in Freiburg.